



## Ein Demokratiegipfel als Meilenstein im Wettbewerb der Systeme?

### Joe Bidens Vorschlag für einen *Summit for Democracy* und was dahintersteckt

Magdalena Jetschgo-Morcillo

- › US-Präsident Joe Biden will noch in diesem Jahr einen *Summit for Democracy* einberufen, der Demokratien weltweit stärken soll. Dieser darf als Antwort auf Chinas globale Expansionspolitik verstanden werden.
- › Bidens Anliegen verdient an sich Unterstützung, die Idee des *Summit for Democracy* birgt jedoch auch einige Risiken. Einladungsliste wie Agenda könnten für mehr Friktionen als Einheit sorgen.
- › Ein Multilateralismus, der die Länder entlang geteilter Interessen zusammenführt, um Lösungen für globale Herausforderungen zu finden sowie eine Zusammenarbeit liberaler Demokratien in bereits bestehenden Bündnissen scheinen langfristig mehr Erfolg zu versprechen als ein *Summit for Democracy*.

## Inhaltsverzeichnis

Was hat Biden vorgeschlagen? .....	2
Wie wird die Idee aufgenommen? .....	2
Wo liegen die Risiken? .....	2
Und unterm Strich? .....	3
Impressum .....	5

## Was hat Biden vorgeschlagen?

Es ist eine Idee der ersten Stunde. Schon im Wahlkampf kündigte Joe Biden an, einen *Summit for Democracy* einzuberufen, sollte er gewählt werden. Auf der Tagesordnung stehen Korruptionsbekämpfung, Kampf gegen Autoritarismus und das Thema Menschenrechte. Die Zivilgesellschaft wie auch die Wirtschaft, v. a. *Big Tech*, sollen eingebunden werden. Dieser „Zusammenschluss überzeugter Demokraten“ darf als Antwort auf Chinas globale Expansionspolitik verstanden werden. Der Gipfel soll „(...) die Demokratien dieser Erde zusammenbringen, um unsere demokratischen Institutionen zu stärken, die Herausforderung der sich zurückentwickelnden Demokratien angehen und einen Plan für die Bedrohung unserer gemeinsamen Werte entwerfen“.<sup>1</sup> Durch den „Sturm auf das Kapitol“ am 06. Januar 2021 hatte die Idee des Demokratie-Gipfels zunächst einen Dämpfer erfahren. Da der Gipfel jedoch ausdrücklich auf die Stärkung der Demokratie „daheim wie anderswo“ abzielt, wird der Kritik, die USA sollten sich doch erstmal um den Zustand der Demokratie im eigenen Land kümmern, zumindest teilweise der Wind aus den Segeln genommen.

Der „Sturm auf das Kapitol“ hat die Idee gebremst, jedoch ...

## Wie wird die Idee aufgenommen?

Bisher wurde der *Summit for Democracy* in wenigen Ländern breit diskutiert. Von traditionellen US-Verbündeten ist eine Unterstützung des Gipfels jedoch zu erwarten bzw. wurde diese bereits signalisiert – so auch von der EU und von Deutschland. Außenminister Heiko Maas sieht den Gipfel ähnlich gelagert wie die von ihm mit initiierte Allianz für den Multilateralismus<sup>2</sup>. Es gibt jedoch auch relevante liberale Demokratien, die wohl andere Allianzen bevorzugen würden, wie z. B. ein Engagement in der „Quad“-Gruppe<sup>3</sup> (Australien oder Japan) bzw. für die ein dezidiertes Anti-China-Bündnis politisch heikel wäre (z. B. Südkorea). Großbritannien richtet sich außenpolitisch gerade neu aus und blickt in erster Linie auf den G7-Gipfel, den es im kommenden Juni abhält. Dieser soll um Australien, Indien und Südkorea zu einem Gipfel der D10 (*Democracies-10*) ausgeweitet werden. Russland und China haben sich zum Gipfel nicht offiziell geäußert. Wobei China gerade erst beim jüngsten Zusammentreffen mit hochrangiger Diplomaten aus den USA Mitte März in Alaska wenig überraschend verlauten ließ, die USA könnten längst nicht mehr den Anspruch erheben, die führende Ordnungsmacht in der Welt zu sein und anderen Ländern Vorschriften zu machen.

Dezidiertes Anti-China-Charakter des *Summit* für manche liberale Demokratien heikel

## Wo liegen die Risiken?

Bidens Anliegen der Stärkung von Demokratien weltweit kann nur gutgeheißen werden, die Idee des *Summit for Democracy* birgt jedoch auch einige Risiken. So ist die Frage, wer zu Joe Bidens Demokratie-Gipfel eingeladen wird – und wer eben nicht – von hoher Brisanz. Man wolle auf neue Länder zugehen, heißt es aus Washingtoner Kreisen, und dass es sich ausdrücklich um einen *Summit for Democracy* und keinen *Summit of Democracies* handle. Die

Grundfrage bleibt dennoch: Wie streng wird definiert, welche Staaten hier als Demokratien gelten dürfen? Werden sehr enggeführte Kriterien angelegt, würde sich auch NATO-Partner Türkei disqualifizieren. Ist die Definition eine eher großzügige, sitzen die Herren Bolsonaro, Orbán und Duterte mit am Tisch. Oder in Afrika: Südafrika oder Ghana gelten nach der Definition von Freedom House als „freie Demokratien“ und würden sich somit wohl qualifizieren, das geopolitisch wichtige Nigeria würde mit seinem Status *partly free* jedoch außen vor bleiben. Genauso wohl auch das jüngst auf *partly free* runtergestufte Indien. Das zeigt auch schon die nächste Problematik auf: Will man globale Herausforderungen wie die Pandemie-Bekämpfung, den Klimawandel oder Migration im Rahmen von weiteren Gipfeln angehen, ist es schwer vorstellbar, wie man hierbei auf China, die Türkei oder Mexiko verzichten kann<sup>4</sup>. Des Weiteren wäre es wichtig, den Gipfel in eine breitere Demokratie- und Menschenrechtsstrategie einzubinden, wie ein bekannter US-Think-Tank argumentiert.<sup>5</sup>

Wer sitzt am Tisch  
und darf mitreden?

---

Nicht vom Tisch zu wischen ist auch die Tatsache, dass es mit NATO und EU bereits etablierte – wenn auch mit großen Herausforderungen kämpfende – Allianzen von Gleichgesinnten gibt. Diese zu stärken und zu reformieren könnte ein nachhaltigerer Weg sein, als einen neuen „Club der Demokratien“ ins Leben zu rufen. Nicht zuletzt gibt es die Vereinten Nationen als prädestiniertes Forum für weltumspannende Problemlagen – und auf gewisse Weise untergraben andere Formate diese auch als führende multilaterale Organisation weltweit. Die UNO ist alles andere als perfekt – jedoch ist sie die einzige Institution, in der alle Staaten an einem Tisch sitzen. Niemand kann sich hier wegen Übergehung verstimmt zeigen.

Alternative zu einem  
weiteren „Club der  
Demokraten“: NATO,  
EU & VN stärken

---

## Und unterm Strich?

Wie die oben aufgeworfene Frage nach den teilnehmenden Ländern zeigt, darf also durchaus hinterfragt werden, ob der *Summit for Democracy* nicht mit mehr Spannungen einhergeht als er Einheit bringt. Auch die Frage nach den zu diskutierenden Themen auf einem derartigen Gipfel lässt Zweifel an dem Projekt aufkommen. Braucht es nicht viel mehr einen neuen Multilateralismus, der die Länder entlang geteilter Interessen zusammenführt, um Lösungen für die drängendsten Probleme unserer Zeit zu finden? Sogar zu Hochzeiten des Kalten Kriegs haben die USA und die Sowjetunion zusammengearbeitet, z. B. im Bereich der atomaren Sicherheit oder bei der Ausrottung der Pocken. Es gibt auch aus jüngster Vergangenheit Beispiele von interessensgeleiteter Zusammenarbeit über ideologische Grenzen hinweg: trotz Russlands Annexion der Krim oder Chinas Gebaren im südchinesischen Meer wurden 2015 gemeinsam mit den USA das Iran-Abkommen sowie das Pariser Klimaabkommen geschlossen. Joe Bidens Einladung an Russland und China zum virtuellen Klimagipfel am 22. und 23. April dieses Jahres darf zumindest als ein Zeichen gewertet werden, dass die USA diesen Pfad wieder beschreiten wollen.

Es steht jedoch außer Zweifel, dass es eine Stärkung der liberalen Demokratien weltweit dringend braucht und dass Wege gefunden werden müssen, wie dem sich ausdehnenden Einfluss autoritärer Regime Einhalt geboten werden kann. Es gibt auch durchaus eine Reihe von Themen, die es wert sind, ohne China oder Russland diskutiert zu werden: der Ausbau von 5G-Netzwerken ohne chinesische Beteiligung, der Kampf gegen Desinformationskampagnen, die Abhängigkeit von autoritären Regimen insbesondere bei kritischen Gütern, aber auch die Ressourcenbündelung im Bereich Innovationsförderung oder der Abfluss technologischer Innovationen und Expertise.

Schlussendlich geht es um nichts weniger als um die Resilienz und den *Output* des liberalen Demokratie-Modells: Wie gut sind unsere Demokratien gegen Krisen gewappnet und was kommt letztendlich bei den Bürgerinnen und Bürgern an? Es bleibt fraglich, ob für die Beantwortung dieser dringenden Fragen, die alle liberalen Demokratien umtreiben *müssen*, ein Demokratie-Gipfel der richtige Weg ist – oder ob eine vielfältige und nachhaltige Stärkung von Demokratien nicht besser über bereits existierende Allianzen wie NATO und EU oder die (erweiterte) G7 gelingen kann.

- 
- 1 The Power of America's Example: The Biden Plan for Leading the Democratic World to Meet the Challenges of the 21<sup>st</sup> Century, <https://joebiden.com/americanleadership/> (letzter Zugriff: 29.03.2021).
  - 2 What is the „Alliance for Multilateralism“? <https://multilateralism.org/the-alliance/> (letzter Zugriff: 28.03.2021).
  - 3 Quadrilateraler Sicherheitsdialog, eine informelle Allianz zwischen Japan, Indien, Australien und den USA, die für einen „freien und offenen Indo-Pazifik“ eintritt.
  - 4 Ausführlich erörtert werden diese beiden Problematiken beispielsweise bei *Foreign Affairs* (<https://www.foreign-affairs.com/articles/2020-12-14/democracy-summit-not-what-doctor-ordered>, letzter Zugriff 25.03.2021), *The Guardian* (<https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/dec/22/biden-wants-to-convene-an-international-summit-for-democracy-he-shouldnt>, letzter Zugriff 20.03.2021) oder *Japan Times* (<https://www.japantimes.co.jp/opinion/2021/02/15/commentary/world-commentary/g7-g20-d10-uk-russia-us-boris-johnson/>, letzter Zugriff 02.03.2021).
  - 5 Quirk, Partick W.: The Democracy Summit must be paired with a democracy strategy, <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2021/02/19/the-democracy-summit-must-be-paired-with-a-democracy-strategy/> (letzter Zugriff: 29.03.2021).

## Impressum

### Die Autorin

Magdalena Jetschgo-Morcillo ist Referentin für Globale Ordnung und Systemwettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung. Davor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin, u. a. in den Auslandsbüros New York und Mexiko-Stadt. Sie studierte Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung in Wien und Zagreb.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Magdalena Jetschgo-Morcillo

Globale Ordnung und Systemwettbewerb  
Analyse und Beratung  
T +49 30 / 26 996-3866  
[magdalena.jetschgo@kas.de](mailto:magdalena.jetschgo@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin  
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR  
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-915-2



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© Alamy Stock Foto/DOD Photo